

# Auer Tageblatt

## und Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Verantwortlicher Redakteur  
Fritz Arnold.  
Für die Inserate verantwortlich:  
Arthur Kupfer.  
beide in Aue.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher 202.  
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Druck und Verlag  
Gebrüder Beuthner  
(Inh.: Paul Beuthner)  
in Aue.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.92 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungsvertrag — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.  
Inserentionspreis: Die nebengelegte Korpuszeile oder deren Raum 10 Pfg., Restzeilen 25 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

### Diese Nummer umfasst 6 Seiten

#### Das Wichtigste vom Tage.

Das Gerücht, Fürst Bülow habe gesagt, das beste Mittel zur Sicherung des Weltfriedens wäre, das ein Duzend Redakteure gehangen wird, wird halb- offiziös dementiert.

Der ehemalige Staatsminister von Müller ist nationaler Kandidat für die Erziehungskammerwahl in Kanenfalza aufgestellt worden.

Aus weiteren veröffentlichten Briefen des Generalmajor Reim durch den Bayrischen Kurier geht hervor, daß das Reichskanzleramt bemüht war, zu Gunsten der Kandidatur Liebert im 14. sächsl. Wahlkreis die Kandidatur Frißbe zu besiegeln.

In dem Landesverratprozess vor dem Reichsgericht wurde der Angeklagte zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

Frauenrechtlerinnen haben gestern in London zu Gunsten des Frauenstimmrechts abermals eine Demonstration veranstaltet, bei der die Polizei von der blauen Waffe Gebrauch machte.

\*) Näheres siehe unten.

#### National und liberal.

Die Reichstagswahlen haben dem Reichstanzler Fürsten Bülow die gewünschte Mehrheit in nationalen Fragen gebracht. Sie ist neu geschaffen durch die Schwächung der Sozialdemokraten und besteht aus den konservativen Parteien, den Nationalliberalen und den drei liberal-demokratischen Gruppen, freikönigliche Vereinigung, freikönigliche Volkspartei und süddeutsche Volkspartei. Daneben besteht die alte Mehrheit, deren Hauptbestandteile die Konservativen und das Zentrum bilden. Ferner ist eine dritte Mehrheit, und zwar eine Abwehrmehrheit gegen die Regierung möglich, wenn die liberal-demokratischen Parteien mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten stimmen. Fürst Bülow hat also zwei Eisen im Feuer. Will er in den alten Bahnen weiterwandeln, so muß er sich vor dem Zentrum demütigen, und dann waren die Reichstagsauflösung und die Neuwahlen weiter nichts als ein teurer Fälschungsversuch, dann war es sehr unklug, das unentbehrliche Zentrum zu reißen. Es scheint aber nicht, daß die alte reaktionäre Mehrheit wieder vor den Regierungsternen gespannt werden, sondern daß ein Versuch mit der neugeschaffenen sogenannten nationalen Mehrheit gemacht werden soll. Das vergrößerte Zentrum würde den von uns gestern behandelten Entrüstungsbeitrag nicht inszenieren haben, wenn es nicht wüßte, daß eine Einladung an die Regierungstafel zur Versöhnungsfester ausgeschlossen erscheint. Will es der Reichstanzler dennoch mit der neuerlangten Mehrheit halten, so muß er vernünftigerweise einiges tun, um durch eine verständige Reformpolitik das Zusammengehen von links nach rechts dem liberalen Bürgertum schmackhaft zu machen. Man wird von einem Reichstanzler, der jahrelang im reaktionären Fahrwasser geschwommen ist, natürlich umso weniger eine ausschließlich liberale Politik verlangen können, wenn die neue Mehrheit zum allergrößten Teile konservativ ist. Schlagen sich die Nationalliberalen wie bisher auf die Seite der Konservativen, dann steht die ausschlaggebende liberale Richtung einsam auf dem linken Flügel, zu schwach, um auf die Ausgestaltung der Regierungsvorlagen ausreichenden Einfluss auszuüben. Dann wird die neue Mehrheit alsbald in die Brüche gehen, denn für konservativ-agrarisch gerichtete Maßnahmen kann die entschieden liberale Linke nicht stimmen. Aber wenn die nationalliberale Partei mit der entschiedenen liberalen Linke zusammengeht, dann hält die liberale Richtung der konservativen das Gleichgewicht, und daß sich dann die Ausgestaltung der Vorlagen in liberaler Richtung vollzieht, dafür sorgt das Bewußtsein der Regierung, daß der linke Flügel die Entscheidung in Händen hat. Die Konservativen sind von der Gnade der Regierung viel zu sehr abhängig, als daß sie unüberwindlichen Widerstand zu leisten vermöchten. Die Nationalliberalen müssen also nach links schwenken und sich über alle politischen Aktionen mit dem linken Flügel verständigen. Das kann ihnen, wie die Zittauer Morgenzeitung sehr richtig bemerkt, nicht schwer fallen, denn alle Gründe, die sie bisher aufwendeten, um ihr Zusammengehen mit den Konservativen zu rechtfertigen sprechen dafür: Sie helfen, daß etwas zustande kommt, sie sind der Regierung gefällig, sie folgen der Stimmung in ihren Wählerkreisen, sie steuern der allgemeinen Unzufriedenheit im Volke und damit dem Anwachsen der Sozialdemokraten, kurz, sie sind eminent national, wenn sie liberal sind.

Nationale Gesinnung ist eine schöne Sache; nur muß sie sich auch in Handlungen umsetzen lassen, die national sind,

also der ganzen Nation zum Besten dienen, das allgemeine Wohl fördern. Eigennutz, gegenseitige Interessen- und Klassenvertretung widerspricht der nationalen Gesinnung. Mit dem schönen Wollen allein ist es aber auch nicht getan, man muß sich auch eine Meinung darüber bilden, wie dem allgemeinen Wohl am besten gebient werden kann; es geht also nicht ohne politische Grundzüge, nicht ohne politisches Programm. Die Meinungen freilich können bei dem gleichen nationalen Wollen auseinandergehen und es bilden sich insolge dessen politische Parteien mit ihren Sonderprogrammen. Eine parteilose nationale Gesinnung kann sich eben in der praktischen Politik nicht betätigen. Merkwürdigerweise gibt es sehr viele Leute, die alle behaupten, es genüge, national zu sein. Alles andere werde sich dann schon finden. Um das richtig zu würdigen, muß man freilich wissen, das hierbei jeder einzelne sich unter nationaler Politik etwas anderes, nämlich jeder, das ihm speziell vorteilhaft verkündende, vorstellt. Es ist daher erfreulich, daß es ein nationalliberales Blatt, das Leipziger Tagebl., ist, das einmal die Ueberbannung des nationalen Begriffes zurückweist. Es schreibt:

Alle diese National-Politiker sind nun mit dem Ausfall der Wahlen überaus zufrieden. Sie alle gleiten mit leichtem Achselzucken über die Erscheinung des drohenden Herrikalien Gespenstes hinweg und verstehen unter Realpolitik nur die Sorge um den Profit. Und es ist leider nicht zu bestreiten, daß diese Art Geschäftspolitik unter der Deckfira der Nationalen der Masse wohlgefällig ist und viele Anhänger findet. Besonders sind Wahlen, wie die heutigen, mit ihrem nationalen Feldgeschrei und ihren durch die Not gebotenen Kompromissen unter den wesenunabhängigen bürgerlichen Parteien, sehr geeignet, den nationalen Begriff unnatürlich zu überspannen, die Grenzen seiner Geltung ins Ungemessene zu erweitern und ihm allein Materien zu unterstellen, für die er nur Voraussetzung sein sollte. Natürlich hat jede politische Aktion nationale Bedeutung. Aber gerade daraus ergibt sich die Unzulänglichkeit nationaler Gesinnung zur Lösung der nicht speziell nationalen Aufgaben. Ein Beispiel: Die Zölle. Wir haben uns von jeher dagegen gewehrt, die Fragen der Zollpolitik anders als von dem Gesichtspunkte der Richtigkeit aus zu betrachten. Wir halten insbesondere die Annahme des hochschuljüdischen Bundes der Landwirte, seine Forderungen als die einzig nationalen auszugeben, für bewußt irreführend und verwerflich. Für uns ist die Frage, ob auf Roggen oder Weizen ein um 50 Pfg. höherer Zoll gelegt werden soll, eine nähere Frage der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit. Aber jedenfalls ist sicher, daß es den Begriff des Nationalen entwerdigen heißt, wenn jeder als antinational und Vaterlandsverräter verfahren wird, der in diesen Fragen eine andere Meinung hat als sein Nachbar.

Und weiter fährt das Blatt fort: Das nationale Gefühl hat keine Schuldigkeit bei den Wahlen getan. An ihrem Ausfall hat es wesentlichen Anteil. Nun mag Sorge getragen werden, daß es nicht zum Werttagsgewande werde. Gerade um ihm seine prächtige Wirkung auch für die Zukunft zu sichern, möge allseits schonend und sparsam mit ihm umgegangen werden, damit es nicht verblasse. Jetzt aber treten wieder die Parteiunterschiede in ihr Recht. Von der liberal-konservativen Paarung als Dauerzustand versprechen wir uns wenig, jedenfalls keine Vorteile für den Liberalismus. Wir in Sachen haben ja überdies schon einmal die Probe ausdass Exempel gemacht und erfahren, daß die Paarungskinder sämtlich konservative Züge zeigten. Auch ist die neue Parteikonstellation im Reichstage solchen gefährlichen Experimenten gar ungünstig. Wenn die Bedeutung des Liberalismus, die so wie so schon trotz der Mandatgewinne nicht gewachsen ist, nun auch noch freiwillig durch Konzessionen des Liberalismus gemindert werden würde, so wäre das zwar anscheinend der Regierung wie den Nationalen sehr recht, könnte dem Liberalismus aber die Existenz kosten. Wir sind weit davon entfernt, den Liberalen Oppositionspflicht predigen zu wollen. Nichts wäre uns lieber, als wenn die Regierung mehr als bisher den liberalen Parteien positive Möglichkeiten schaffte. Nur dagegen wollen wir uns heutzutage wenden, daß den Liberalen wegen ihrer regierungsfreundlichen Wahlhaltung nun auch noch Selbstaufopferung als nationale Pflicht empfohlen wird. An der Regierung ist es, den Liberalen die Mitarbeit zu erleichtern, denn sie hat den größten Nutzen aus der Haltung der Liberalen gezogen. Trifft diese Voraussetzung nicht ein, und wir gestehen, in dieser Beziehung Skeptiker zu sein, so hoffen wir auf eine entsprechende Antwort des gesamten Liberalismus. Nur dadurch kann er sich für die Zukunft behaupten und im Parlament zu einiger Geltung bringen. Erst wenn die Regierung sieht, daß der Liberalismus sich nicht nur als nationaler Jagde-Automat behandeln läßt, wird sie ihn zu schätzen wissen. — Wir schließen mit den Worten des Leipziger nationalliberalen Blattes:

Daß die Liberalen national sind, haben sie bewiesen. Mögen nun auch die Nationalliberalen beweisen, daß sie liberal sind!

### Politische Tageschau.

Aue, 14. Februar 1907.

#### Neue Rüstungskredite Italiens.

Zu den nichtendenden Präliminarien, die der zweiten Friedenskonferenz im Haag voranklingen, gehören auch die neuen Rüstungskredite Italiens, die nicht weniger als 200 Millionen Lire hoch sind. Ein gewaltiger Betrag für ein Land wie Italien, dessen Steuerkraft ohnehin schon auf das äußerste angespannt ist, trotzdem die Bevölkerung zum größten Teile eine sehr geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aufweist. Außerdem fordert aber auch der Marineminister noch 150 Millionen Lire für den Bau vier neuer gewaltiger Schlachtschiffe. Wenn es eine Großmacht in Europa gibt, die einen Stillstand in ihren Rüstungen eintreten lassen kann, ohne ihren Besitzstand zu gefährden, so ist dies Italien, denn mit Oesterreich-Ungarn ist es alliiert und mit Frankreich auf das engste befreundet. Aber auch ohne diese besonderen Garantien, brauchte das apenninische Königreich nicht die mindeste Besorgnis zu hegen, mit seinen beiden einzigen Nachbarn in einen Krieg verwickelt zu werden. In Wien denkt man nicht im Traume daran, die Lombardei und Venetien zurückzuerobern, denn sie liegen in der Erinnerung noch den Oesterreichern schwer im Magen, und ebensowenig hat man in Paris Appetit auf italienisches Territorium. Andere Staaten aber kommen als Gegner Italiens überhaupt nicht in Betracht. Wenn also trotz dem die italienische Regierung auf das Ekstatische weiterläuft, so muß sie offensive Absichten haben. Und so ist es auch. Was auch immer die offiziellen Fiedern Italiens versichern mögen, es bleibt doch eine Tatsache, daß man in Rom ebenso auf das Tentino und Trlest wie auf Albanien spekuliert. Zu diesem Zwecke und zu keinem anderen wird gerüstet, mag auch das arme italienische Volk noch so sehr unter den immer wachsenden Militär- und Marinelasten seufzen. Die starken Befestigungswerke, die Italien an seiner östlichen Grenze aufzuführen läßt, zeigen ebenfalls deutlich den Weg, den die italienische Politik einzuschlagen gedenkt, sobald der günstige Augenblick gekommen ist.

#### Die künftige Reichsduma.

Die Vorwahlen für die Reichsduma ergaben zwar noch kein klares Bild über die politische Gestaltung des neuen russischen Parlaments, aber wenn es auch weniger revolutionäre Elemente enthalten dürfte, als das alte, so ist es doch noch sehr fraglich, ob die Regierung auf eine Mehrheit zählen kann. Die Situation ließ sich vielleicht schon besser übersehen, wenn nicht die russische Verichterstattung gar so sehr lüdenhaft wäre. So werden die Resultate der Wahlmännerwahlen nicht nach den Bezirken, sondern nach den Gouvernements gemeldet, und deshalb haben die Zahlen nur bedingten Wert. Beispielsweise berichtet der Draht, daß 5000 Monarchisten, 8500 Gemäßigte und 5500 Linke und Parteilose als Bevollmächtigte gewählt wurden. Nun gehören aber der Linken aus der Arbeiterkurie 1000 Bevollmächtigte an, die über das ganze Land zerstreut sind und deshalb kaum irgendwie den Ausschlag geben können. Genau so verhältnismäßig die Wahlberichterstattung selbst ist auch die innerpolitische Lage Rußlands, denn während es Monate hindurch den Anschein hatte, als wäre die terroristische Bewegung vollständig gebrochen, häufen sich wohl in der letzten Zeit wieder ganz auffallend die Attentate. Es kann dies allerdings auch ein leichtes Aufflackern der revolutionären Umtriebe bedeuten, aber ausgeschlossen ist es nicht, daß sich eine neue Revolution vorbereitet. Wenigstens sind dieser Ansicht baltische Edelleute, die in der jüngsten Zeit aus Rußland kamen, wo sie ihre finanziellen Angelegenheiten geordnet hatten. In den Kreisen der nach Berlin geflüchteten Deutsch-Russen ist man der festen Ueberzeugung, daß auch die neue Duma ihre Arbeitsunfähigkeit bald beweisen wird, und ihre Auflösung werde das Signal zu einer neuen Revolution in Rußland geben.

Keine Verhandlung mit den Garantiegeheimern für den Rhein-Hannover-Kanal haben lt. Nordd. Allg. Ztg. stattgefunden. Das ostfriesische Blatt schreibt dazu: Die durch verschiedene Zeitungen vergangene Rott, daß mit den Garantiegeheimern für den Rhein-Hannover-Kanal in den Provinzen Westfalen und Hannover, die, wie seiner Zeit berichtet, gegen den Kanal Kampfe-Dörpen auf Grund der Garantiepflichtungen Einspruch erhoben haben, neuerdings seitens der Staatsregierung verhandelt worden sei und daraufhin jene sich zu Zugeständnissen gegen entsprechende Kompensationen des Staates bereit erklärt hätten, entbehrt jeder tatsächlichen Unterlage. Wir sind von zuständiger Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß keine derartigen Verhandlungen mit den Garantiegeheimern stattgefunden haben.

Neue Börsengefährdung. Dem fränkischen Kurier wird gemeldet, in maßgebenden Kreisen der Reichsregierung werde der Plan zu einer durchgreifenden Umgestaltung der Börsen-gefehrdung im Sinne der Interessenten von Handel- und Industrie erwogen.

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank teilte der Reichsbankpräsident Koch mit, daß die Lage der Reichsbank nach der vorangegangenen enormen Anspan-